

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Anzeiger für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei geschl. Eintr. od. Konkursen binfänglich wird. Erschließungsort: Altensteig. Gerichtsstand Nagold. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.56 M., durch Agent. 1.49 M., die Einzelnummer kostet 16 Pf. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 10

Altensteig, Freitag den 13. Januar 1933

56. Jahrgang

Ministererklärungen in den Ausschüssen

Warmbold zur Wirtschaftstage — Syrup über Sozialversicherung

Berlin, 12. Jan. Im Haushaltsausschuss des Reichstages äußerte sich Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold über die Lage der deutschen Volkswirtschaft. Er gab einen historischen Überblick über die Wirtschaftskrise, wobei er auch der Krisenursachen gedachte. Bei Schilderung der Krise sagte der Minister, der Hun auf Deutschland habe bis heute einen Abzug von rund 7 Milliarden RM bewirkt. Währungserrückungen und Deflation hätten in Zusammenhang mit den anderen Krisenerscheinungen die Krise der Handel treibenden Staaten unter das Motto „Kette sich, wer kann“ gebracht. Jetzt seien Anzeichen vorhanden, die zu der Auffassung berechtigten, daß die Abwärtsbewegung der Weltwirtschaft ihrem Ende entgegengehe. Vor die Frage gestellt, ob Deutschland durch außerordentliche Maßnahmen die Aufwärtsbewegung verstärken sollte, sei die Entscheidung einer aktiven Wirtschaftspolitik ergangen. Der Minister gab dann Zahlenmaterial über die Besserung der Wirtschaftssituation, erwähnte dabei besonders den steigenden Aktienindex und die Besserung auf dem Arbeitsmarkt. In der Arbeitsbeschaffung müsse man die Maßnahmen der öffentlichen Hand nebeneinander schalten mit einer Entlastung und Belebung der privaten Wirtschaft. Dabei sei Allgemeinut des deutschen Volkes, daß die Wirtschaft in ihrem Bestande erhalten bleiben müsse. Der Weg für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg könne geführt werden, wenn es gelinge, auf dem Gebiete der Schuldenregelung, des Warenverkehrs, der Zwangsverwirklichung des Zahlungsverkehrs und der Stabilisierung der Währungen schnellere und wirksamere Regelungen zu erzielen. Alle Länder hätten ein Interesse an der Regelung dieser Fragen.

Reichsarbeitsminister Dr. Syrup gab Auskunft über die Lage der Sozialversicherung. An Hand eingehender Zahlen stellte er zusammenfassend fest, daß Invalidenversicherung und Knappschaftsversicherung der Regierung große Sorgen machten und daß sie augenblicklich dabei sei, für eine Sanierung auf lange Zeit an diesen beiden Versicherungen zu sorgen. Bei der Frage der Arbeitslosenhilfe erklärte der Minister, daß in der Öffentlichkeit stark erörtert werde, daß die Einnahmen der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung größer seien als die Ausgaben. Der rechnungsmäßige Hebertrag von 300 Millionen werde aber restlos abgeführt und zwar 50 Millionen für Gemeindefürsorge und der Rest für die Arbeitslosenversicherung. Die Dreiteilung der Arbeitslosenfürsorge sei sehr unerfreulich und eine Wenderung durchaus erwünscht. Persönlich brachte der Minister die Hoffnung zum Ausdruck, daß nach der Entwicklung der Arbeitslosenzahl doch wohl ein Stillstand festzustellen werden könne und daß auch die neuesten Zahlen, die einen Zugang von 100.000 Arbeitslosen auswiesen, nicht negativ zu werten seien. Es handle sich hierbei im wesentlichen um Saisonzahlen. So daß wir konjunkturell zu einem gewissen Stillstand gekommen seien. Mit welchen Zahlen im nächsten Jahre gerechnet werden müsse, sei noch nicht zu übersehen, denn die Schätzung der Arbeitslosenzahl liege um den 15. Februar herum. Dann erst lehe allmählich eine Entlastung des Arbeitsmarktes ein.

Reichsbankpräsident Luther zur Lage

Breslau, 12. Januar. Auf Einladung des Universitätsrates der Industrie- und Handelskammer Breslau sprach heute abend Reichsbankpräsident Dr. Luther vor einer zahlreichen Zuhörerschaft, unter der man die Spitzen der Behörden, der Wirtschaft und Wissenschaft bemerkte, über Wirtschaftsfragen der Gegenwart.

In seinem Vortrag über „Wirtschaftsfragen der Gegenwart“ gab Reichsbankpräsident Dr. Luther ein ausführliches Bild der Entwicklung der letzten zehn Jahre vom Standpunkt der Währung aus. Eine einheitliche Währung sei der Ausdruck nationaler Einheit, und ein Währungsversatz würde den nationalen Zerfall fördern in gefährdender Weise rufen. Jedoch mache er diese Bemerkung nicht mit Bezug auf die Gegenwart. Im Gegenteil, wir müßten uns allmählich wieder daran gewöhnen, in der Währung als solcher überhaupt kein Problem mehr zu sehen, sondern die selbstverständliche Grundlage alles wirtschaftlichen und politischen Lebens. Aber der zehnjährige Erinnerungstag des Ruhrkampfes lenkte die Blicke auf eine Zeit, in der die deutsche Währungseinheit in ernste Gefahr gebracht war, nämlich am Schluß des Ruhrkampfes. Das letzte und äußerste Angebot, das Reichsanstalt Dr. Cuno den Gegnern gemacht habe, um zu einer Verständigung zu kommen, sei das eines ehrbaren Kaufmannes gewesen. Es sei aber mit dem Ruhrkampf beantwortet worden. Der Gedanke, wie ein ehrbarer Kaufmann zu verfahren, habe die gesamte Politik der deutschen Regierung und der Reichsbank bestimmt. Die Gedankenwelt des ehrbaren Kaufmannes habe inzwischen im gesamten internationalen Leben Fortschritte gemacht, wenn sie auch noch nicht überall in die Tat umgesetzt sei. In dem damals uns aufgewungenen Abwehrkampf habe sich eine Neugestaltung deutschen nationalen Willens vollzogen. Dem Abbruch dieses Kampfes sei alsbald jene währungsmäßige Selbstrettung des deutschen Volkes durch die Herausgabe der Rentenmark gefolgt. Diese Selbstrettung sei nicht nur in Deutschland als erlösende Tat empfunden worden, sondern auch das Ausland habe sie als große nationale deutsche Handlung gewertet.

Für uns liege heute der Nachdruck weniger auf der Währung als auf der Kreditfrage. Dr. Luther ging dann auf das

Neue Erklärung des Reichslandbundes

Eine Erklärung des Reichsverbandes der deutschen Industrie — Vollstreckungsschutz für die Landwirtschaft

Das Präsidium des Reichslandbundes nimmt zu der amtlichen Mitteilung über den Abbruch der Beziehungen der Reichsregierung zum Reichslandbund in einer Erklärung Stellung, in der es heißt: Die Tatsache, daß die bisherigen Verhandlungen mit der Reichsregierung zu keinen praktischen Folgerungen durch Ergreifen der notwendigen und möglichen agrarpolitischen Sofortmaßnahmen geführt hätten, war ausschlaggebend für Ton und Inhalt der Entschließung des Bundesvorstandes des Reichslandbundes, die der Überfall der Verweisung und Entziehung des deutschen Landvolkes ist, das sich infolge des Ausbleibens der immer wieder versprochenen durchgreifenden Agrarmaßnahmen von der Reichsregierung im Stiche gelassen fühlt. Dieser Stimmen öffentlich Ausdruck zu geben, war selbstverständliche Pflicht des Bundesvorstandes. Um keinen Verzicht zu unterlassen, die Reichsregierung zu den notwendigen Sofortmaßnahmen zu veranlassen, wurde im weiteren Verlauf der Bundesvorstandssitzung beschlossen, den Reichspräsidenten um einen Empfang von Vertretern des Bundesvorstandes zu bitten, um diesem persönlich ein unmittelbares Bild der von den Vertretern aus allen Landesteilen zum Ausdruck gebrachten, aufs äußerste angespannten Verweissungssituation zu geben. Der nachgesuchte Empfang fand umgehend durch den Reichspräsidenten persönlich in den Mittagsstunden statt. Die bei diesem Empfang gemachten Ausführungen, die der Entschließung des Bundesvorstandes in jeder Beziehung entsprechen und sie durch Einzelheiten, insbesondere der bäuerlichen Vertreter, erweitert, machten so tiefen Eindruck auf den Reichspräsidenten, daß er sich entschloß, die Vertreter des Bundesvorstandes zu einer neuen Besprechung mit dem Reichskanzler, Reichswirtschaftsminister und Reichsernährungsminister noch am selben Tage aufzufordern. Diese Besprechung fand unter Vorsitz des Reichspräsidenten wenige Stunden darauf statt.

Wenn es in der amtlichen Mitteilung über diese zweite Besprechung heißt: „daß durch die bereits getroffenen und noch beabsichtigten Maßnahmen der Reichsregierung den Wünschen der Abordnung schon so weit wie irgend möglich Rechnung getragen war“, so ist diese Behauptung in doppelter Beziehung unrichtig. Die Reichsregierung ist keinen Augenblick im Zweifel darüber gelassen worden, daß die bisherigen agrarpolitischen Maßnahmen in keiner Beziehung genügt. In Bezug auf die beabsichtigten agrarpolitischen Maßnahmen war lediglich in zweierlei Beziehung eine Feststellung zu erreichen. Der Reichspräsident jagte einen umfassenden Vollstreckungsschutz zu und gab dem Reichskanzler entsprechende Weisungen. Der Reichskanzler seinerseits stellte eine fünfjährige Handhabung der landwirtschaftlichen Zölle in Aussicht, die der Lage der Landwirtschaft teilweise mehr gerecht werden sollte. Die Reichsregierung kündigte in ihrer amtlichen Mitteilung lediglich an, daß alles „sachlich Mögliche“ für die Landwirtschaft geschehen werde. Es ist nicht die erste Versicherung dieser Art. Die Stellung des Reichslandbundes zu der Reichsregierung wird nach wie vor nicht von den Versprechungen der Reichsregierung, sondern von ihren Taten bestimmt werden.

Wenn jetzt die Reichsregierung die Tatsache der Veröffentlichung der Entschließung des Bundesvorstandes glaubt dazu benutzen zu wollen, die Beziehungen zum Reichslandbund abzukürzen, so erscheint das lediglich als ein Versuch, sich der Verantwortung, die die Reichsregierung gegenüber dem landwirtschaftlichen Berufsstand hat, zu entziehen, um im Dunkeln der Regierungskontrollen ihren bisherigen verhängnisvollen wirtschaftspolitischen Weg fortzusetzen. Ihr Anspruch auf Vertrauen zu dieser Politik hinter verschlossenen Türen aber ließe sich nur rechtfertigen, wenn sie Taten aufweisen könnte, die eine erfolgreiche Abkehr von der bisherigen verhängnisvollen Wirtschaftspolitik bringen. Daß diese bisher völlig fehlen, ist der Grund der Verweissungssituation im Lande. Der Abbruch der Beziehungen zum Reichslandbund ist ein Beweis dafür, daß die Reichsregierung den Ruf des Landes nicht hören will oder völlig die wahre Sachlage verkennt. Der Reichslandbund wird sich dadurch nicht beirren lassen, seinen Kampf für die Befreiung der Landwirtschaft mit allen gebotenen Mitteln fortzusetzen.

Wir wir erfahren, besteht auf Seiten der Reichsregierung keine Veranlassung, nach dieser Erklärung des Reichslandbundes den Mitteilungen sachlich noch etwas hinzuzufügen. Der Vorstand des Landbundes geht bei seiner Erklärung von der völlig unzutreffenden Voraussetzung aus, daß er mit der deutschen Landwirtschaft identisch sei. Die Reichsregierung wird ihre Arbeit für die deutsche Landwirtschaft unbeeinträchtigt durch die Einwände des Reichslandbundes im Zusammenwirken mit der gesetzlichen Berufsvertretung der Landwirtschaft fortsetzen.

Hercinstromen ausländischer Ar... nach Deutschland ein und erklärte, die neueste Entwicklung... gezeigt, daß die damalige Politik der Kreditfontingentierung und der... Maßnahmen auf Grund des Artikels 48 der... werden sei. Seit dem Zeitpunkt seiner... Mitte 1930 habe Deutschland mehr als 7 Milliarden Reich Kredite zurückerhalten. Eingehend behandelte der Reichsbankpräsident die Entwicklung der Krise und die Diskontpolitik der Reichs-

Reichsverband der deutschen Industrie gegen Reichslandbund

Berlin, 12. Jan. Der Reichsverband der deutschen Industrie erklärt: der Reichsverband der deutschen Industrie nimmt mit größter Empörung von den unerhörten, auch die Ehre des Jenseits Verantwortung voll bewußten deutschen Unternehmertums schmerzverleugenden Angriffen in der Entschließung des Vorstandes des Reichslandbundes Kenntnis in der von der „Ausplünderung der Landwirtschaft zugunsten der allmächtigen Geldbesitzerinteressen der international eingestrichelten Exportindustrie und ihrer Trabanten“ gesprochen wird. Der Reichsverband lehnt es ab, mit den für diese Erklärung verantwortlichen Personen in eine sachliche Diskussion einzutreten. Er weiß derartige, wider besseres Wissen erhobene vaterländische Interessen auf das schwerste gefährdende Beschlüßnahmen eines unentbehrlichen Teiles der deutschen Wirtschaft auf das schärfste zurück. Im Interesse des Volksganzen ist es nicht erträglich, daß die sachliche Arbeit verantwortlicher Männer durch eine tief bedauerliche Verweissung zur Unfruchtbarkeit verdammt wird.

Der Konflikt mit dem Landbund

Berlin, 12. Jan. Der Konflikt zwischen Reichsregierung und Landbund spielt auch in der Berliner Presse eine sehr große Rolle. Das „Berliner Tageblatt“ fordert, daß der Streit mit aller Schärfe ausgebaut werde. Gerade in der Frage der öffentlichen Güter dürfe es kein Zurückweichen geben. Die „Vossische Zeitung“ meint, daß es sich um einen politischen Vorstoß, dem mit nationalsozialistischen Elementen hart durchzusetzen Landbundes handle. Der „Wochenkurier“ sagt, die Leitung des Reichslandbundes, deren volkswirtschaftliche und landwirtschaftliche Ideenlosigkeit und Unanerkennung den anderen Teilen des deutschen Volkes seit langem klar liegt, dürfte mit ihrer Entschließung den eigenen Verbänden die Augen darüber geöffnet haben, daß sie nicht die genährten sachlichen und persönlichen Qualitäten besitzt, um die Landwirtschaft mit einer ihrem eigenen und dem gesamten Volkwohl entsprechenden Weise zu vertreten. Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ spricht von einem „unaufrichtigen Verhalten“ des Landbundes. Man könne den Reichslandbund in keiner Weise mehr ernst nehmen. Die „Deutsche Tageszeitung“ führt aus, eine Regierung hat nur sehr bedingt das Recht, zu Temperamentsausbrüchen, den Anspruch auf Herrschaft, die Bekanntheit beleidigt und gekränkt zu sein. Diese Bedingtheit scheint uns im vorliegenden Falle um so mehr gegeben, als ganz offensichtlich der entstehende Konflikt wesentlich auf zeitlichen und regionalen Missverständnissen beruht. Das Oberhaupt des Deutschen Reiches befreit und vertritt die Notwendigkeit größerer und sofortiger agrarpolitischer Aktivität seiner Regierung. Das ist der Kernpunkt; und das, sollte man meinen, hätte nicht den Anlaß zu einem bisher noch nicht erlebten Konflikt, sondern zu einem verstärkten Zusammenwirken werden sollen. Die „Nachtausgabe“ nennt die politische Auswirkung des Konfliktes sehr ernst. Es sei bisher noch niemals in Deutschland vorgekommen, daß eine berufliche Organisation in einen derartigen Konflikt mit der Reichsregierung geraten sei.

Vollstreckungsschutz für die Landwirtschaft

Berlin, 12. Jan. Der Reichspräsident hat den Reichskanzler und den Reichsjustizminister Dr. Gürtner am Donnerstag zum Vortrag empfangen. Die Unterredung galt der neuen und der Landwirtschaft vorbereiteten Unterredung über den Vollstreckungsschutz. Die Verordnung wird dieser Lage veröffentlicht werden. Da es sich um sehr weitgehende und folgenschwere Maßnahmen handelt, soll zuerst eine eingehende und umfassende Prüfung vor allem nach der rechtlichen Seite hin stattfinden. Fest steht aber schon jetzt, daß der Vollstreckungsschutz auf das ganze Reichsgebiet ausgedehnt wird, um ohne eigene Schuld in Not geratene Bauern — unter diese Kategorie wird unter anderem fast die gesamte schleswig-holsteinische Beredelungswirtschaft fallen — vor der Aufgabe von Haus und Hof zu bewahren. In der Weimungsfrage hofft man im Reichsernährungsministerium noch immer auf eine günstige Einigung mit der Margarineindustrie.

bank während dieser Zeit. Wenn auch seit dem Tage der Konfiskation eine Stabilisierung eingetreten sei, so sei doch eine Kursstimmung trotz des wachsenden Vertrauens in der Welt grundsätzlich immer noch vorhanden. Ueber Notationen hinaus sei eine endgültige Wiederherstellung des Vertrauens notwendig. Reichsbank und Reichsregierung verfolgten weites die große kaufmännische Linie der deutschen Politik in der Erwartung, dem deutschen Wirtschaftsleben am besten zu dienen,

wenn von jedem gewaltsamen Eingriff Abstand genommen werde. Unter Bezugnahme auf die zur Zeit schwebenden internationalen Verhandlungen bezeichnete Dr. Luther als Vorbedingung einer Gesamtsolidierung, daß erstens die internationalen Handelsverträge endlich allmählich abgebaut werden müßten; Eine grundsätzliche Umkehr auf der ganzen Linie müsse das Ziel der Weltwirtschaftskonferenz sein; das zweite Ziel der Weltwirtschaftskonferenz müsse die Herstellung monotoner Sicherheit auf der Erde sein; das dritte Problem sei das einer allgemeinen Zinsentzerrung.

Auf die innerpolitische Lage eingehend setzte sich Dr. Luther mit dem Problem der öffentlichen Arbeitsbeschaffung auseinander. So willkommen sie in sozialer Hinsicht sei, müsse man sich doch darüber klar sein, daß je größer die Arbeitsbeschaffung in den nächsten Jahren durch Leistungen in der Gegenwart, umso geringer der Spielraum für eine spätere Senkung der Steuern sei. Jede Arbeitsbeschaffung nehme der zukünftigen Konjunktur sowohl hinsichtlich der Steuerentlastung wie hinsichtlich der materiellen Seite Möglichkeiten weg.

Zum Schluß seiner Ausführungen bekannte sich Dr. Luther zur Privatwirtschaft. In dem Augenblick, in dem die Schrumpfung aufhöre und von dem aus es langsam wieder aufwärts gehen werde, müßten alle Kräfte eingesetzt werden, daß privatwirtschaftliches Können und privatwirtschaftlicher Geist in einer geläuterten Form sich an die Spitze der neuen Entwicklung Deutschlands stellen.

Empfang Gregor Straßers beim Reichspräsidenten

Berlin, 12. Jan. Von unterrichteter Seite wird die Meldung eines Berliner Blattes bestätigt, daß Gregor Straßer vom Reichspräsidenten empfangen worden ist. Der Empfang fand in der vorigen Woche statt. Er hatte nur den Zweck, daß der Reichspräsident sich über die Persönlichkeit Gregor Straßers orientieren wollte, weil sein Name in der Politik häufig genannt wird. Der Reichspräsident hat bei dem Empfang auch davon abgesehen, sich zu dem zu äußern, was ihm Straßer vorgetragen hat.

Keine Zusammenkunft zwischen Hitler und Gregor Straßer
München, 13. Januar. Wie die Reichspressstelle der NSDAP. mitteilt, ist die Meldung, wonach während des lippischen Wahlkampfes eine Zusammenkunft zwischen Adolf Hitler und Gregor Straßer stattgefunden habe, völlig aus der Luft gegriffen. Es habe keine Zusammenkunft stattgefunden.

Die Gerüchte um Straßer

Berlin, 13. Januar. Die Gerüchte von einer Unterredung zwischen Adolf Hitler und Gregor Straßer, die, wie gemeldet, bereits von der nationalsozialistischen Pressefakke dementiert worden sind, werden, wie die Berliner Blätter berichten, auch von dem Sekretariat Straßers als unzutreffend bezeichnet.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet in diesem Zusammenhang, daß Straßer heute in München erwartet wird und meint, daß gegenwärtig offenbar nicht mit weiteren Besprechungen zu rechnen sei.

Hitler über seinen Besuch in Berlin

Berlin, 12. Januar. Die nationalsozialistische Korrespondenz veröffentlicht eine Unterredung des Pressesprechers der NSDAP. mit Adolf Hitler, die auf der Fahrt Hitlers von Berlin nach Lippe stattgefunden hat. Hitler erklärte in dieser Unterredung, daß sein Besuch in Berlin schon seit 14 Tagen programmäßig festgelegt gewesen sei. Außer den Besprechungen mit Göring und anderen führenden Parteigenossen sollte er in erster Linie auch der Besichtigung der neuen Berliner Redaktion dienen. Weiter bezeichnete Hitler die Behauptungen über eine schwierige und taktisch ungünstige Lage der NSDAP. als dumm und lächerlich. Nicht die nationalsozialistische Partei befinde sich in Schwierigkeiten, sondern das Kabinett Schleicher.

Straßer sprach mit Brüning

Berlin, 13. Januar. Gregor Straßer, der sich in den Weihnachtsferien u. a. auch bei dem nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Fabrikant Riehn in Trofingen aufhielt, ist, wie die „Völkische Zeitung“ wissen will, mit dem früheren Reichskanzler Brüning zusammengekommen, der während der Weihnachtsferien in Freudenstadt weilte. Die Unterredung fand in dem nahegelegenen Trofingen statt.

Internationale Sozialversicherungsverträge im Reichsrat

Berlin, 12. Jan. Der Reichsrat stimmte einer Reihe von Verträgen zu, die Deutschland mit anderen Staaten auf dem Gebiete der Sozialversicherung abgeschlossen hat. Dabei handelt es sich zunächst um einen Geheimentwurf zwischen Deutschland und der tschechoslowakischen Republik, worin die wechselseitigen Beziehungen zwischen beiden Staaten in den einzelnen Sozialversicherungen nach dem Grundsatz der gegenseitigen Gleichberechtigung geregelt werden. Es bestehen bereits ähnliche Verträge mit Österreich und Jugoslawien. Anschließendes des anderen Staates wird grundsätzlich die gleiche Behandlung wie den Angehörigen des eigenen Staates zugesichert. Ein Vertrag zwischen Deutschland und Polen begründet in ähnlicher Weise das allgemeine Gleichverhältnissen zwischen der deutschen und der polnischen Sozialversicherung. Insbesondere werden gewisse Härten beseitigt, die sich für die Versicherten in den abgetretenen Gebieten ergeben haben. Dabei wird vor allem die Amtswahlweise wiederhergestellt.

Auch einem deutsch-französischen Abkommen stimmte der Reichsrat zu, das in gleicher Weise die Gleichberechtigung zwischen der deutschen und der französischen Sozialversicherung gewährleistet. Die Regierungskommission des Saargebietes ist dem Abkommen beigetreten, jedoch verhängungsmäßig eine volle Gleichheit zwischen Deutschland und Frankreich auch für das Saargebiet beibehalten. Der Reichsrat nahm dann den Geheimentwurf an, der das deutsch-belgische Abkommen über Unfallversicherung vom Jahre 1912 erkennt.

Gemäß einem weiteren Beschluß des Reichsrates fand die Novelle zum Beamtenheimstättenesetz Annahme, die ausführt, daß Sportguthaben bei Beamtenheimstätten, deren Kündigung infolge Rot ausgesprochen wird, auch in Form einer Rente zurückbezahlt werden können. Hierfür wurde eine Verordnung angenommen, wonach Dampfen, der im Inlande nicht mehr verwertet werden soll, befristet für die Ausfuhr freigegeben wird.

Deutschland zur Arbeitszeiterverkürzung

Geringe Aussichten für die 40-Stunden-Woche

Genf, 12. Jan. Auf der internationalen Sondertagung, die sich mit der Verkürzung der Arbeitszeit befaßt, legte Ministerialdirektor Dr. Seyler den Standpunkt der deutschen Regierung in dieser Frage dar. Der deutsche Vertreter erklärte, die Tatsache, daß das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag noch nicht allgemein ratifiziert sei, könne nicht als Einwand gegen den Abschluß eines neuen Abkommens geltend gemacht werden. Eine wesentliche Belastung würde nur dann eintreten, wenn man dem einzelnen Arbeiter für den Anfall an Arbeitsstunden einen Lohnausgleich gewähre, der allerdings, wo er wirtschaftlich tragbar sei, wünschenswert wäre. Es sei aber zweifelhaft, ob eine Verpflichtung dazu international festgelegt und durchgeführt werden könne. Auch die Tatsache, daß die Arbeitszeit heute schon verhältnismäßig kurz sei, spreche gegen ein internationales Abkommen nicht entgegen. Der Rat der Internationalen Arbeitsämter könne als Diskussionsgrundlage anerkannt werden. Nur insofern bestünden Bedenken, als der Bericht eine Bindung auf unbestimmte Zeit vorsehe. Die deutsche Regierung halte es für notwendig, daß die einzelnen Staaten nach einer bestimmten, vertragsmäßig kurz bemessenen Zeit das Abkommen kündigen können. Notwendig sei ferner das gleichzeitige Inkrafttreten des Abkommens für alle wichtigen Industriestädten. — Der Verlauf der Debatte brachte eine bemerkenswerte Erklärung des englischen Regierungsvorstellers, der sich kategorisch gegen ein allgemeines Abkommen im Sinne der Vorschläge des Internationalen Arbeitsamtes aussprach. Der Vertreter der deutschen Arbeitgeber, Wessler, erklärte, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit für den Einzelbetrieb keine Besserung bringe. Die Unkosten die durch eine Verkürzung der Arbeitszeit entstünden, seien sehr wesentlich. Entscheidend sei aber die Beurlaubung, die für den Betrieb durch den Zwang entsteht, der auf die Unternehmer ausgeübt wird. Im Rahmen der getrennten Arbeitgebergruppe lehnte der dänische Arbeitgebervertreter Derslet den Abkommensvorschlag gleichfalls ab. Der schwedische Regierungsvorsteher erklärte, daß eine Ratifizierung eines solchen Abkommens nur bei Aufrechterhaltung der Wochenlöhne in Frage kommen könne, während der spanische Regierungsvorsteher das Abkommen als einen Fortschritt bezeichnete. Der Vertreter der französischen Regierung, Biquard, geht einer klaren Stellungnahme aus dem Wege.

Die Aussprache hat den Eindruck hinterlassen, daß die Aussichten auf eine Annahme des Abkommens über die Einföhrung der 40-Stunden-Woche als außerordentlich gering zu bewerten sind.

Die Reichspost im Jahre 1932

Verkehrsrückgang zum Stillstand gekommen

Die Reichspost legt ihren Bericht über das Jahr 1932 vor, der eine Fortsetzung des seit 1929 anhaltenden Verkehrsrückganges während der ersten acht Monate des Jahres 1932 in fast allen Reichsbereichen verzeichnet. In den Monaten September, Oktober und November hat sich indessen in einigen Dienstleistungen eine über das Jahresmittlere hinausreichende geringe konjunkturelle Verkehrsbelebung bemerkbar gemacht. Die Verkehrsrückgänge sind meist zum Stillstand gekommen und sogar zum Teil durch mäßige Verkehrszunahmen abgelöst worden. Der Weihnachts- und der Neujahrverkehr sind gegenüber dem Vorjahre in beachtlicher Weise gestiegen. Der Gesamtverkehr in der Zeit vom Januar bis November 1932 blieb gegenüber dem Verkehr im gleichen Zeitraum 1931 erheblich zurück. Der Kraftstoff-Verkehr hat sich gegenüber 1931 vermindert. Gegenwärtig werden rund 130 Kraftstofflinien gemeinsam mit der Reichsbahn betrieben. Das Luftpostnetz umfaßt im Sommer 1932 92 Linien und verband Deutschland mit fast allen Ländern Europas. Im Postverkehrsverkehr ist die Zahl der Postkonten auf 1 021 409 gestiegen. Aus diesen Konten wurde in den Monaten Januar bis November von 94,2 Milliarden RM erzielt. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich ein Verkehrsrückgang von 19,1 Milliarden RM beim Umlauf. Die Zahl der Kundenteilnehmer hat um eine Viertelmillion zugenommen, Beamtennachwuchs konnte nur in bescheidenem Umfange einstellt werden. Dabei war die Deutsche Reichspost an die Bestimmungen des Reichsbahndienstgesetzes für 1932 gebunden, die die Unterbindung von Personalangewinnungen notwendig machten. Zahlreiche verbeiratete weibliche Beamte sind ausgeschieden. Im Rahmen der Bestrebungen der Reichsregierung ist die Deutsche Reichspost dabei, ein neues, aufwändliches Arbeitsbeschaffungsprogramm in Höhe von 60 Millionen RM durchzuführen. Bisher wurden für 24 Millionen RM neue Anträge hinausgegeben. In den letzten drei Monaten des Jahres hat die Schrumpfung der Einnahmen keine Fortschritte gemacht. Das vorläufige Ergebnis für Dezember kann im allgemeinen als befriedigend angesehen werden.

Neues vom Sage

Der Fall Hentsch vor dem Sächsischen Landtag

Dresden, 12. Jan. Bei vollbelegtem Hause trat der Sächsische Landtag in die Behandlung der verschiedenen Anträge zur Nordische Hentsch ein. Abg. Dr. Wilhelm (D.P.) begründete als Berichterstatter den Antrag des Rechtsausschusses auf Genehmigung der vom Generalsstaatsanwalt nachgesuchten Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Dr. Heinrich Bennede wegen Begünstigung in der Nordische Hentsch. Er verlas den Bericht des Generalsstaatsanwaltes über die Ergebnisse der in der Nordische angelegten Untersuchungen. Dabei spielen das Untersuchungsgericht eines der klüglichen SA-Männer mit der Anrede „Lieber Oberführer“ und der Brief Pränfels, man solle H. bitten, sich um seine Frau zu kümmern, eine große Rolle. Die Staatsanwaltschaft vermutet, daß es sich in beiden Fällen um Dr. Heinrich Bennede handelt. Bei den Ausführungen des Abgeordneten Sindermann (Rom.) kam es zu minutenlangen

wästen Vermutungen. Präsident Dr. Scharf drohte mit Räumung der Tribünen. Abgeordneter Schreiber (NS.) erklärte, seine Fraktion werde der Aufhebung der Immunität zustimmen, um Dr. Bennede Gelegenheit zu geben, sich gegen die ungeheuerlichen Beschuldigungen zu verteidigen. Das übrige sei Sache der ordentlichen Gerichte. Der Antrag auf Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Dr. Bennede wurde einstimmig in Abwesenheit der Kommunisten angenommen.

Demission des rumänischen Kabinetts

Bukarest, 12. Jan. Die erwartete Gesamtdemission des Kabinetts Maniu ist erfolgt. Maniu erklärte beim Verlassen des Palais, daß ihn der König nach Vorschlägen für die neue Regierung gefragt habe, worauf Maniu erwiderte, daß nur eine Regierung auf Grund der bestehenden parlamentarischen Mehrheit, also eine national-jarantische Regierung, gebildet werden könne. Das national-jarantische Parteidirektorium hat Voivod, der sich in Klausenburg befindet, nach Bukarest berufen. Es besteht große Wahrscheinlichkeit, daß er mit der Bildung der neuen Regierung betraut wird.

Chinesisch-japanische Waffenstillstandsverhandlungen?

London, 12. Jan. Wie Reuters aus Schanghai meldet, soll im Gegenwart eines englischen Marineoffiziers eine Zusammenkunft chinesischer und japanischer Vertreter in Tschingwangtau stattgefunden haben, deren Ziel es war, die Form zu beraten, unter der offizielle Verhandlungen über einen Waffenstillstand für die Zone von Schanghai eingeleitet werden könnten.

18 rumänische Bauern im Schnee erfroren

Bukarest, 12. Jan. Starke Kälte und andauernde Schneefürne haben in den nördlichen Gegenden der Wallachei eine katastrophale Lage herbeigeführt. Alle Wege sind verschneit, die meisten Zugverbindungen sowie die Telegraphen- und Telefonlinien unterbrochen. Die Gemeinderatsmänner von Rannicul-Sarat mußten infolge dieser Lage aufgeschoben werden. 14 Bauern einer Nachbargemeinde, die sich in geschlossener Gruppe zur Stimmabgabe nach Rannicul-Sarat bewegen wollten, konnten sich durch den drei Meter hohen Schnee keinen Weg mehr bahnen. Sie fanden nach entsetzlichen Anstrengungen in den Schneecoermedeuten den Tod. Ihre Leichen wurden gefunden, als man Nachforschungen nach den abgängigen Bauern anstellte. Während der Bergungsarbeiten wurden an anderen Stellen der Landstraße weitere vier Leichen von Erfrorenen gefunden.

367 Leichen von Kriegsteilnehmern bei Amiens gefunden

Paris, 12. Jan. In der Gegend von Amiens sind 367 Leichen von Kriegsgesessenen gefunden worden. 49 deutsche und 90 französische Kampfteilnehmer konnten identifiziert werden.

Aus Stadt und Land

Mittwoch, den 13. Januar 1933.

„Vorf. Die aufwühlende Erinnerung an Preußens Schicksalsmende!“ Die schwerste Prüfung beginnt, die je ein Volk auf sich genommen hat. Wir werden sie verstehen, wenn wir einig sind. Deshalb tut Eure Pflicht. Ihr tut sie für Euer Leben und Ihr tut sie für Eure Kinder, damit Euren Kindern einmal die Sonne über Deutschland schöner leuchten möge. — Dieses kraftvolle Wort, das Vorf. im Film als letzte Mahnung seinen Getreuen und darüber hinaus dem ganzen Volke zuruft, ist höchster Sinn dieses Filmes!

— Die Bevölkerungsbewegung Württembergs im Jahre 1931. In Württemberg wurden im ganzen Jahr 1931 19 893 Ehen geschlossen, das sind 2490 weniger als im Jahre 1930 und 12 134 weniger als im Jahre 1929, das mit 32 027 Eheschließungen den Höchststand in Württemberg aufweist. Von den Eheschließungen waren 12 052 rein evangelische Paare, 4690 rein katholische Paare, 30 rein israelitische Paare, 217 sonstige Paare mit christlichem Bekenntnis, 2360 Mischehen, davon 1006 in Stuttgart. Die Zahl der Eheschließungen hat sich von 1083 auf 953 vermindert. Die Zahl der Lebendgeborenen war um 3488 niedriger als im Vorjahr, nämlich 43 201 (22 230 Knaben und 20 971 Mädchen) gegen 46 687. Die Gesamtzahl der Sterbefälle weist trotz dem großen Geburtenrückgang eine Erhöhung auf. Es starben 30 637 (i. B. 29 750) Menschen. Durchschnittlich gingen täglich 84 Menschen mit Tod ab.

Eschhausen, 11. Januar. (Vom nationalsozialistischen Lehrerbund.) Auf Veranlassung des nat.-soz. Lehrerbundes versammelten sich am Mittwoch eine Anzahl Lehrer des Bezirks in der „Traube“. Nachdem der Kreisobmann, Oberreallehrer Bodamer, in einleitenden Worten über die Ziele des nat.-soz. Lehrerbundes gesprochen hatte, erteilte er dem Referenten, Stud.-Rat Kubach-Ragold das Wort zu seinem Vortrag: „Mein Weg als Lehrer und Volkserzieher zu Adolf Hitler“. Der Redner zeigte an Hand persönlicher Erlebnisse, wie ihn als Kind eines Arbeiters die Folgen von Klassenhaß und Klassendünkel niederdrückten und hemmten. Ganz im Gegensatz dazu stand sein Erleben bei Ausbruch des Krieges, wo das deutsche Volk sich einig und faßl erhob zur Abwehr. Doch schon nach kurzer Zeit zeigte sich auch im Feld die alten Gegensätze wieder und schwächten die Widerstandskraft des Heeres. Recht zum Bewußtsein kam dem Redner die Wirkung des Klassenkampfes erst nach der russischen Revolution, die er als Kriegsgefangener miterlebte. Dabei wurde es ihm klar, daß der Klassenhaß kein Mittel zum Aufbau eines organischen Staatswesens sein kann. Als zweiten Grund für sein Unbefriedigtsein führte der Redner die Ziellosigkeit der Erziehungswissenschaft an und stellte demgegenüber die für jedes einfache Schulkind fahrbare Forderung Lagardes: „Gehe abends besser zu Bett als du morgens aufgestanden bist!“ In dieser Richtung gehe auch die Lebensarbeit des Univeritätsprofessors Krieb, der darauf hinweise, daß die Schule nicht allein Bildung vermittele, sondern die ganze Umgebung auf die Erziehung des jungen Menschen ihren Einfluß ausübe. Daher dürfe das Ziel der Erziehung nicht in irgend einer fernliegenden, unerreichbaren Höhe liegen, sondern sei zusammenzufassen in dem Wort: „Liebe deinen Nächsten als dich selbst!“ Von diesem Ziel der Erziehung aus führe der Weg folgerichtig zu Adolf Hitler, der in jedem Volksgenossen seinen



Nächsten Tage und die Volksgemeinschaft in die Tat umgesetzt haben. Dadurch hätten viele den Glauben an Deutschlands Zukunft zurückgewonnen und auch seinem Leben ein Ziel und Inhalt und damit Lebensfreude wieder gegeben worden.

Efringen, 12. Januar. (Autounfall.) Der Lastwagen des Fuhrunternehmers Ungerich in Wart geriet gestern Abend in Efringen ins Schleudern und fuhr auf eine Hauswand auf. Der Anprall war so stark, daß der Wagen schwer beschädigt und abgekippt werden mußte.

Sulz, O.M. Rogold, 12. Januar. (Weißer Dachs.) Lindenwirt Weidle hatte das Jagdschloß, letzter Tage einen schneeweißen Dachs vor seinem Bau im Lehenwald zu erlegen. Meister Grimbart war durch die gelinde Witterung der letzten Tage aus seinem Winter Schlaf aufgewacht, was ihm zum Verhängnis wurde.

Schönmünzach, 12. Jan. (Das Arbeitslager geschlossen.) Letzte Woche wurde das Lager des hiesigen freiwilligen Arbeitsdienstes vorläufig geschlossen. Der Kurgarten ist nun soweit gerichtet, wie es für die Herbst- und Wintermonate vorgesehen war.

Herrenberg, 12. Januar. (Trichinen beim Fuchs.) Kronenwirt Karl Egeler in Tailfingen erlegte vor einigen Tagen einen Fuchs, bei welchem zahlreiche Trichinen vom Fleischbeschauer festgestellt wurden.

Spaichingen, 12. Jan. (Brand.) Morgens erscholl hier Generalalarm. In der Goldbleichfabrik Spaichingen GmbH. war ein Brand ausgebrochen, der bei seiner Entdeckung schon solche Fortschritte gemacht hatte, daß eine Rettung des Gebäudes nicht mehr zu denken war.

Stuttgart, 12. Jan. (Ein Württemberger als Militärrat.) Unter den als Militärrat des Reichsheeres ausersehenen Offizieren befindet sich auch ein Württemberger, und zwar Oberst (i) H. H. Her.

Vom Wilhelmsbau. Das Konzert-Cafe Wilhelmsbau wurde von der Firma Gebrüder Greiner, Großgaststätten im Hindenburgbau, gepachtet und wird am 1. Februar 1933 von Gebrüder Greiner übernommen.

Ludwigsburg, 12. Jan. (70 Jahre alt.) Am Freitag kann Landesökonomierat Albert Köstlin auf sieben Jahrzehnte eines arbeitsreichen Lebens zurückblicken. Von 1891 bis 1902 war er Vorstand der Landwirtschaftsschule in Ulm.

Kornwestheim, 12. Jan. (Amtsverweiser.) Der Gemeinderat beschäftigte sich mit der Frage der Amtsverweigerung. Bei der Abstimmung entfielen auf Regierungsdirektor Kercher-Leonberg elf Stimmen, auf Ratsherr Herrle drei und eine auf Dr. Steimle; zwei Stimmen waren unglücklich.

Erdmannshausen, Oa. Marbach, 12. Jan. (Zur Bürgermeisterwahl.) Außer dem bisherigen Bürgermeister Pfeiffer, der sich zur Wiederwahl stellt, haben noch folgende Kandidaten ihre Bewerbung eingereicht.

Heilbronn, 12. Jan. (Eine heldenhafte Heilbronnlerin.) In Sulzbach im Saargebiet wurde am 5. Januar auf dem Ehrenriedhof eine Frau beigelegt, die durch ihre Tätigkeit auf dem westlichen Kriegsschauplatz Tausenden deutschen Männern als Schwester Hilft bekannt ist.

Göppingen, 12. Jan. (Erwerbslosen-Hungermarsch.) Am Mittwoch nachmittag veranstalteten die Erwerbslosen des Bezirks Göppingen eine Hungerdemonstration, bei der der kommunalpolitische Landtagsabgeordnete Reim-Unterkirchheim und Stadtrat Groß-Stuttgart auf dem Schillerplatz sprachen.

Vom bayerischen Allgäu, 12. Januar. (Eine Stadt ohne Konkurrenz.) Aus der Stadt Kempten wird gemeldet, daß dort im vergangenen Jahr nicht ein einziger Konkurs angemeldet wurde. Beim Amtsgericht Kempten fielen im letzten Jahre nur drei Konkurse an, sämtliche vom Lande, gegen 19 im Jahre 1931.

Kuss Baden

Vom Hochschwarzwald, 11. Januar. (Nähezu 10 Grad Kälte auf dem Kamme - Nordostwind und Schneefälle.) Vergangene Nacht ist die Temperatur auf dem Feldberg-Schönbühl-Höhenkamm bis auf fast -10 Grad unter Null gesunken.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Prinz August Wilhelm

Prinz August Wilhelm wird, da er sich als Nationalsozialist betätigt, von seiner Familie verfolgt. Es soll sich wieder zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem Prinzen und dem Hause Hohenzollern gekommen sein.

50 000 RM. gezogen. In der Ziehung der Preussisch-Sächsischen Klassenlotterie fielen auf die Nummer 33 325 50 000 RM.

Flugzeugabsturz in Tunis. In Tunis ist ein Wasserflugzeug abgestürzt, das sieben Passagiere an Bord hatte. Das Flugzeug soll infolge eines falschen Manövers an die Hafensand gerammt sein.

Französischer Amerikaflug. Zu einem Etappenflug nach Amerika ist von dem Maritimer Flugplatz Järes aus das dreimotorige französische Flugzeug Arc-et-Ciel (Regenbogen) mit einer siebenköpfigen Besatzung unter Führung des bekannten Fliegers Mermoz aufgestiegen.

Verkündigung der Heilig-Jahr-Bulle. Die päpstliche Bulle über das außerordentliche Heilige Jahr wird am Sonntag vormittag 11 Uhr im Vorhof der Peterskirche in Rom feierlich verkündet werden.

Empfang der „Ruhr“. Vertreter des Senats und der Hapag begrüßten in Hamburg die Mannschaft der heute im Hamburger Hafen eingelaufenen „Ruhr“, wobei auch ein Dankeschreiben des französischen Generalkonsuls zur Verlesung kam.

Handel und Verkehr

Wöchentliche Berliner Devisenkurse vom 11. und 12. Januar. Table with columns for city/currency and exchange rates for 11th and 12th Jan.

Wirtschaftliche Wochenschau

Börse. Die Börse hatte in dieser Woche auf allen Gebieten freundliche Tendenz. Die innenpolitische Entwicklung wurde mit Ruhe beurteilt, da man glaubt, daß neue Kämpfe vermieden werden.

Geldmarkt. Die Geldmarktlage ist zum Jahresbeginn ziemlich flüssig. Die ultimobewältigten war ungewöhnlich leicht. Infolge des reichlichen Geldangebots wurde die Nachfrage nach Wechseln und Reichshofanweisungen.

den Auslandsanleihen ihren Kurs in Neugort erheblich zu erhöhen konnten. Das Hauptverdienst daran erbrachte der Festigkeit der Mark-Erhöhung.

Produktenmarkt. Die Getreidebörsen hatten unverändert kleines Geschäft. Die Preise waren leicht rückläufig. Das Weizenmarkt hält sich in ruhigen Bahnen.

Warenmarkt. Die Großhandelsindexziffer ist mit 91,3 gegen die Vormoche (91,6) um 0,3 Prozent zurückgegangen. Die Menge der Güter des Wirtschaftslebens treten nicht nur in Deutschland, sondern überall in der Welt mit einem gewissen Optimismus in das neue Jahr 1933 ein.

Börsen. Berliner Börsenbericht vom 12. Jan. Schon an der gestrigen Abendbörse war zu erkennen, daß Aktien etwas unter Angebot litten, während für festverzinsliche Werte das Interesse des Publikums weiter anhielt.

Stuttgarter Industrie- und Handelsbörse vom 11. Jan. In der Industrie- und Handelsbörse notierten Baumwollgarne: engl. Troffel Wars und Vincos Nr. 20 1,27-1,31 Rm.

Getreide. Berliner Produktenbörse vom 12. Jan. Weizen märk. 186 bis 188, Roggen märk. 152-154, Braugerste 165-175, Futter- und Industrieernte 158-164.

Karlsruher Produktenbörse vom 11. Jan. Der Getreidemarkt ist leicht beschäftigt, ohne daß bis jetzt größere Geschäfte zu verzeichnen sind.

Märkte. Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 12. Januar. Zutrieb: 9 Ochsen, 10 Bullen, 38 Jungbullen, 14 Kühe, 33 Rinder, 170 Kälber, 561 Schweine.

Manheimer Schlachtviehmarkt vom 12. Jan. Zutrieb: 74 Kälber, 25 Schafe, 133 Schweine, 533 Ferkel und Läufer.

Ulm, 12. Jan. (Verhandelsviehmarkt oberöhm. Fiedelweinstadtvereine.) Der Markt war sehr gut besucht. Der Handel ging flott vonstatten.

Dornstetten, Oa. Freudenstadt, 11. Januar. Der heutige Vieh- und Schweinemarkt hat als erster dieses Jahres einen nicht gerade günstigen Eindruck für dieses hinterlassen.



Calw, 12. Januar. (Vieh- und Schweinemarkt.) Bei dem am letzten Mittwoch stattgefundenen Vieh- u. Schweinemarkt waren insgesamt 148 Stück Rindvieh zugeführt. Hierunter befanden sich 10 Ochsen, 6 Stiere, 45 Kühe, 32 Kalbinnen, 85 Jungkinder. Bezahlt wurde für Ochsen 575 .M pro Paar, Kühe 97-350 .M, Kalbinnen 212-300 .M, Jungkinder 78 bis 185 .M je pro Stück. — Auf dem Schweinemarkt waren 29 Läufer und 348 Milchschweine zugeführt. Bezahlt wurde für Läufer 35-70 .M, für Milchschweine 15-32 .M je pro Paar. Der Handel war auf dem Viehmarkt und auf dem Schweinemarkt ziemlich flau.

Buntes Allerlei

Der Pantoffelheld im Badofen

Aus der sizilianischen Stadt Palermo wird ein unglaublich anmutender Fall berichtet. In einem Dorf in der Nähe von Palermo geriet eine Bäuerin mit ihrem Mann in einen Streit. Während des heftigen Wortwechsels war die Frau gerade dabei, den letzten Brotlaib aus dem großen Badofen zu holen. Kurz entschlossen packte die zornige, robuste Bäuerin ihren Mann am Kragen, schob ihn mit einem wuchtigen Stoß in das Ofenloch und klappte die Schlechtüre zu. Auf die verzweifeltsten Hilferufe des Unglücklichen eilten die Nachbarn herbei, die zunächst nicht begreifen konnten, woher die Kule kamen. Als der Bauer aus der Glut befreit wurde, befand er sich in einem erbärmlichen Zustand. Seine Kleider waren verengt, das Gesicht und die Glieder wie von zahllosen Brandwunden auf. Die Polizei trennte gegen die Bäuerin ein Strafverfahren wegen versuchten Mordes an. Der bäuerliche Pantoffelheld erschien am Tage darauf auf der Polizeiwache und bat flehentlich, das Verfahren einzustellen. Er behauptete, die ihm zutheil gewordene heiße Strafkur voll verdient zu haben. Er mußte es ja wissen.

Unterricht in Pantoffeln

Da viele Eltern in der gegenwärtigen Zeit ihren Kindern keine Schuhe mehr kaufen können, hat die Rothhilfe-Kommission in Philadelphia Schuhmacher angestellt, die täglich etwa hundert Paar Schuhe ausbessern. Die Kinder tragen Galoschen oder Pantoffeln während des Unterrichts und erhalten am Schluß ihre ausbesserten Schuhe zurück.

Die Weltstädte

Berlin hat sich den Rang als drittgrößte Stadt der Welt durch Tokio, die Hauptstadt Japans, abnehmen lassen müssen. Durch umfangreiche Eingemeindungen ist jetzt Tokio gleich hinter New York an die zweite Stelle in der Reihenfolge der Weltstädte gerückt. Als drittgrößte Weltstadt folgt London und dann als vierte erst Berlin.

Weiteres

Gewandelte Gäte. „Meine Frau ist wirklich gut.“
„Wie so?“
„Vor der Ehe hat sie mir den Kopf verdreht, und jetzt gibt sie sich alle Mühe, ihn mir wieder zurechtzusetzen.“
(„Neue J. J.“)

Allerlei Wissenswertes

Britisch Brita hat 62 Millionen eingeborene Bewohner, wählend in diesem Bezirk 1750 000 Europäer leben.

Man kann bei vielen Tieren eine feine Witterung für Wetterumschläge beobachten. Den Höhepunkt in dieser Richtung aber bildet ein in Westaustralien lebender Vogel, der das Wetter der kommenden Jahreszeit so genau voraussieht, daß er sein Leben ganz danach einrichtet. In ein fruchtbarer Sommer mit Regen und reichlicher Nahrung zu erwarten, so daß der Vogel eine größere Familie ernähren kann, so legt er drei oder mehr Eier; liegt dagegen ein trockener und kurzer Sommer bevor, so begnügt er sich damit, ein Ei zu legen oder gar keins. Die Bevölkerung kennt diese prophetische Gabe des Vogels und verläßt sich auf sie. Auch sie trifft ihre Vorkehrungen entsprechend den Prophezeiungen des Vogels.

In den Vereinigten Staaten kommen Nachtflüge immer mehr auf. Fluglinien von vielen Tausenden von Kilometern sind nachts beleuchtet und zweitausend Städte haben schon einen Flughafen oder wenigstens einen Landungsplatz für Flugzeuge eingerichtet.

Unter den Autographensammlern ist es bekannt, daß von niemandem so schwer ein Autogramm zu erlangen ist wie vom Papst, von Mussolini, von Lindbergh und von Greta Garbo.

Der kleinste Mann der Welt ist ein Bostoner, der nur 48 Zentimeter groß ist. Dabei ist er 60 Jahre alt und hat eine Landwirtschaft. Obwohl ihm viele verlockende Angebote gemacht wurden, hat er es immer abgelehnt, sich für Geld sehen zu lassen.

In Rumänien wird bis zur nächsten Ernte den Soldaten und Beamten der Genuß von Weibbrot verboten werden.

Die Vereinigten Staaten haben heute 82 Unterseeboote, Frankreich hat 80, aber weitere 29 sind im Bau begriffen; Japan verfügt über 60 Unterseeboote, Großbritannien über 53 und Italien über 46.

In Amerika werden jährlich für Parfüm, Toilettenwasser und Badefolge 120 Millionen ausgegeben. Der Parfümgebrauch ist dort in ständigem Steigen begriffen, da neuerdings viele Waren parfümiert werden, um Käufer anzulocken. Auch Autos werden von den Verkäufern meist innen parfümiert.

Ein Elefant verzehrt täglich 200 Pfund Heu, Mais und Rüben.

Von zehn Haushaltungen in Amerika haben mindestens acht einen Hund, eine Katze oder irgend ein anderes Haustier.

Zwischen Moskau und Tiflis verkehrt jetzt ein Luxuszug, der mit einer Bibliothek und einem besonderen Erholungswagen ausgestattet ist.

Letzte Nachrichten

Polizeibeamte überfallen — Ein Angreifer schwer verletzt
Essen, 12. Januar. Am Donnerstagabend wurde in der Unionstraße ein Schutzpolizeibeamter von einem Trupp Kommunisten angegriffen, entwaffnet und zu Boden geschlagen. Ein zweiter Beamter, der den Vorfall beobachtet hatte, eilte hinzu, wurde aber ebenfalls angegriffen, worauf er zunächst einen Schreckschuß abfeuerte. Als die Angreifer weiter auf die Beamten einschlugen, gab einer zwei weitere Schüsse ab, durch die ein Arbeiter schwer verletzt wurde. Zwei Personen wurden festgenommen.

Am Jahrestages der Verhaftung Salabans: Riefge Falschmünzwerkstatt ausgehoben
Berlin, 12. Januar. Beamte der Falschgeldstelle verhafteten heute drei Mitglieder einer gefährlichen Falschmünzwerkstatt, die seit mehr als einem Jahr große Mengen gefälschter Zweimarkstücke in Umlauf gebracht hatten. Der Führer der Bande, ein 27-jähriger Ingenieur namens Urban ist geflüchtet. Die Fälscher haben sich im Norden Berlin in einem leerstehenden Fabrikgebäude die erste Etage im dritten Hof gemietet. Aus ihren Geständnissen ergab sich, daß sie mehr als 2000 falsche Zweimarkstücke in drei großen Konjervenbüchsen in Stahnsdorf und in Köpenick im Walde vergraben hatten. Dieser Schatz der Geldfälscher ist von der Polizei ausgegraben und beschlagnahmt worden.

Wechsel in der Leitung der Polizeibehörde im preussischen Innenministerium
Berlin, 13. Januar. Wie die Blätter berichten, soll in den nächsten Tagen der bisherige Leiter der Polizeibehörde im preussischen Innenministerium, Ministerialdirektor Dr. Klauener, seinen Posten verlassen und in das Reichsverkehrsministerium übertreten. Zu seinem Nachfolger soll Ministerialdirektor Dr. Locher ernannt werden. Die „Vossische Zeitung“ berichtet im Zusammenhang mit dieser Meldung weiter, daß der deutschnationale Reichstagsabgeordnete und frühere Landrat in Pommern, von Bismark, Staatssekretär im preussischen Innenministerium werden soll.

Gekorden

Magold: Marie Benz geb. Kapp, 65 J. a.
Salersbrunn: Ernst Schüler zum Rosengarten, 56 J. a.

Wetter für Samstag

Süddeutschland befindet sich zwischen zwei Hochdruckgebieten und unter dem Einfluß eines Depressionsausläufers. Für Samstag ist zwar zeitweilig aufhellendes, aber unbedeutendes Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Kiefer'schen Buchdruckerei, Altensteig

Ev. Kirchenpflege Altensteig.

Kirchensteuereinzug

im Gemeindehaus am Samstag von 2-5 Uhr.

Kirchenpflege: Reuter.

Viehversicherungsb. Verein Altensteig.

Morgen vormittag von 9 Uhr ab wieder im Schlachthaus
Ruhfleisch
ausgehauen, das Pfund zu 40 Pfennig.

Die Mitglieder werden aufgefordert, ihr Quantum abzuholen.

Altensteig.

Morgen Samstag

Mekelsuppe

wozu höflich einladet

Bäcker zum „Bahnhof“.

Vor dem Markte

müssen Sie noch mit einer Anzeige auf Ihre Waren aufmerksam machen! Inserieren schafft Umsatz, das ist eine alte Erfahrung!

Arterienverkalkung, Magen-, Herzleiden, Blasen-, Nieren- und Leberbeschwerden, Darmstörungen, sowie Rheumatismus, Gicht, Vorgebeugt, größte Erfolge durch den garantiert echten

Nerus Knoblauchsaff

Bei Asthma, Atemnot, Zucker: „Nerus“-Meerrettichsaft. Große Packung Mk. 2.75. Löwen-Drogerie, Hiller.

Gaigel- und Tappkarten empfiehlt die **Buchhandlung Laub Altensteig u. Magold** Altensteig.

Morgen vormittag von 9 Uhr ab im Schlachthaus (auf der Freibank)

Ruhfleisch das Pfund zu 40 Pfennig.

Lang- und Brennholz-Verkauf

Verpachtung eines Sägeanteils.

Die Gemeinde Garrweiler verkauft am Montag, den 16. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr auf dem hiesigen Rathaus

218 Fstn. Langholz und 27 Rn. Brennholz

aus dem Gemeinewald.

Zugleich wird der der Gemeinde gehörige

Sägeanteil

(1 Tag) an der Kohlhägmühle für 1933 verpachtet.

Liebhaber sind eingeladen.

Gemeinderat.

„Schwabenland“

Der Wochen-Abreißkalender für 1933 mit interessanten Städtebildern nach Sichten von Merian. Preis nur RM. 1.20.

haben in der

Buchhandlung Laub - Altensteig.

DBG Am Sonntag, den 15. Januar, nachm. 2 Uhr findet im Gasthaus zum „Köhl“ in Altensteig die **Jahreshauptversammlung** statt.

Die Mitglieder werden gebeten, möglichst vollständig zu erscheinen.

Deutsche Bau-Gemeinschaft N.-O. Leipzig Ortsgruppe Altensteig.

Loje

der Ueberlinger Münster-Lotterie

Ziehung 14. Januar 1933.

Doppellos Preis RM. 1.—

sind noch zu haben in der

Buchhandlung Laub, Altensteig und Magold.

Grünen Baum Lichtspiele



Samstag abend 8.30 Uhr
Sonntag nachmittag 3 Uhr
Sonntag nachmittag 5.30 Uhr
Sonntag abend 8.30 Uhr.
Jugendliche haben Zutritt!

